

# Elbkurier

**CDU** MAGDEBURG

Informationsblatt des CDU-Kreisverbandes Magdeburg

**Seite 2**

Bernd Heynemann über Spitzensport, Fettleibigkeit, Große Koalition ...

**Seite 5**

Domplatz könnte mit Weihnachtsmarkt belebt werden

**Seite 6**

Trotz Finanzmarktkrise die Wirtschaft weiter stärken

**Seite 10**

Magdeburger Stadtrecht lebendig halten

**Seite 11**

Dank und Anerkennung für kommunalpolitische Arbeit

**Seite 13**

Grenzdenkmal Hötensleben erinnert an SED- und Stasi-Diktatur

**Seite 15**

Unhaltbare Zustände auf Konrad-Adenauer-Platz

## Wir gestalten Deutschlands Zukunft Die Ziele der CDU/CSU zur Bundestagswahl

1. Wir brauchen nachhaltiges Wachstum, um die Folgen der Krise zu überwinden.

Um dieses zu erreichen, müssen wir den Haushalt konsolidieren, in unsere Stärken wie Bildung und Innovationen investieren sowie die Bürgerinnen und Bürger entlasten.

2. Wir stehen weiter ein für unser Ziel "Arbeit für Alle". Alle müssen ihren Beitrag leisten, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

3. Unser Land soll Bildungsrepublik werden. Bildung darf keine Frage des Einkommens der Eltern sein. Wir wollen unser Bildungsangebot weiter ausbauen.

4. Wir werden Ehe und Familie weiter stärken. Die Familien sind der Kern unserer Gesellschaft. Es ist unsere Politik, Eltern noch bessere Wahlmöglichkeiten zwischen Familie

und Beruf zu schaffen.

5. Deutschland braucht starke ländliche Räume. Wir erkennen die Leistungen der Menschen in ländlichen Räumen an und werden ihre Chancen für die Zukunft sichern. Faire Rahmenbedingungen für die Landwirte sorgen für Versorgungssicherheit und faire Preise.

6. Wir setzen uns weiter für verantwortungsbewussten Umgang mit knappen Ressourcen und für die Bekämpfung des Klimawandels ein. Unsere Energiestrategie umfasst Energiesicherheit, ökologische Verträglichkeit, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise sowie Unabhängigkeit.

7. Wir wollen die Chancen- und Lohnungleichheit von Frauen verwirklichen und fordern eine ausgewogene Berücksichtigung von Frauen in

Führungsfunktionen.

8. Wir wollen ein gutes Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ermöglichen. Wer die Werte unserer Gesellschaft und Deutschland als Heimat annehmen will, wird seine Chance in unserem Land bekommen und ist uns herzlich willkommen.

9. Wir werden die Sicherheit in unserem Land bewahren. Jeder muss die Möglichkeit haben, sich jederzeit ohne Angst und Befürchtungen auf Straßen und Plätzen bewegen zu können.

10. Deutschlands und Europas Selbstständigkeit und Einfluss sind in der Krise gewachsen. Wir wollen, dass die Soziale Marktwirtschaft weltweit zum Modell wird - damit auf den Märkten klare Regeln gelten. Unsere Ziele im Einzelnen:

## Solide Finanzpolitik und grundlegende Tarifreform

CDU und CSU stehen für eine grundlegende Tarifreform, die eine schleichende Steuererhöhung allein aufgrund des Tarifverlaufs ("Kalte Progression") mildert. Wir werden den Eingangssteuersatz in zwei

Schritten von heute 14 Prozent auf 12 Prozent senken. Der Höchststeuersatz soll in zwei Schritten zunächst ab 55.000 Euro und später ab 60.000 Euro zum Zuge kommen. Wir wollen eine strukturelle Überprüfung

der Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung und eine krisenfeste Weiterentwicklung der Unternehmenssteuer. Weitere finanzielle Spielräume in der nächsten Legislaturperiode wollen wir nutzen: *weiter S. 4*

## DIE KANZLERIN KOMMT

MITTWOCH, 9. SEPTEMBER, 19.30 UHR  
MAGDEBURG, AUF DEM DOMPLATZ  
VORPROGRAMM AB 18.30 UHR

WIR HABEN DIE KRAFT

**CDU**

## Bernd Heynemann über Spitzensport, Fettleibigkeit, Große

**Elbkurier: Herr Heynemann, Sie sind seit 7 Jahren Bundestagsabgeordneter der CDU für den Wahlkreis Magdeburg. Wie sieht die Bilanz Ihrer Arbeit in Berlin aus?**

Heynemann: Anfangs ist man blind wie ein Maulwurf. Man muss sich erst orientieren und den komplizierten Apparat kennen lernen. Nach dem Ende der Regierung Schröder und von Rot-Grün endete vorzeitig auch die damalige Legislaturperiode.

**Elbkurier: Was änderte sich für Sie durch die Bildung der Großen Koalition in Berlin?**

Heynemann: Seit 2005 habe ich ein anderes Standing. Ich bin nicht nur Mitglied im Sportausschuss, sondern ich wurde auch in den Europarat gewählt, wo ich für wichtige europäische Themen, wie Migration und Bevölkerungsentwicklung mit zuständig bin. Zur Erläuterung will ich noch kurz hinzufügen, dass der Europarat nahezu alle Länder Europas vertritt und so ein wichtiger Partner für das Europäische Parlament in Straßburg ist.

**Elbkurier: Welche Aufgaben haben Sie noch in Berlin?**

Heynemann: Ich bin außerdem stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung und eigentlich regelmäßig präsent und bringe mich sehr aktiv in die dortige Arbeit ein.

**Elbkurier: Aber Ihr Schwerpunkt dürfte die Sportpolitik sein?!**

Heynemann: Sicherlich! Als ordentliches Mitglied im Sportausschuss des Bundestages und mit meiner Biografie ist das naheliegend.

**Elbkurier: Was konnten Sie auf diesem Politikfeld erreichen?**

Heynemann: Ich glaube, dass ich schon wesentliche Verbesserungen im Bereich des Sports erreichen konnte. Natürlich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen, denn alleine erreichst du gar nichts!

**Elbkurier: Welche Verbesserungen konkret?**

Heynemann: Das Wichtigste ist, dass wir die Freigrenzen und Pauschalen für Übungsleiter deutlich erhöht haben. Das ist eine Anerkennung für die tolle ehrenamtliche Arbeit im Breitensport. Und wir haben die Begrenzung der persönlichen Haftung durchgesetzt, damit

Vorstandsmitglieder nicht mit ihrem gesamten persönlichen Vermögen haften, wenn ein Verein pleite geht, was leider immer mal vorkommen kann.

**Elbkurier: Was haben Sie im Bereich des Spitzensports erreicht? Bei der Schwimm-Weltmeisterschaft in Rom purzelten wieder zahlreiche Rekorde, auch durch den großartigen Hallenser Paul Biedermann. Als Laie wird man angesichts solcher Weltmeistertitel jedoch stutzig?!**

Heynemann: Sicherlich kann man im Bereich der Doping-Bekämpfung einiges gesetzlich neu fassen. Aber neue Entwicklungen, wie z.B. Blutdoping oder Gendoping führen dazu, dass die Jäger immer einen Schritt hinter den Doping-Sündern sind.



*Bernd Heynemann: Seit sieben Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages, erläutert das Einmaleins der Politik.*

Damit werden natürlich alle Höchstleistungen immer unter Doping-Verdacht gestellt. Bei der Schwimmweltmeisterschaft kommt noch hinzu, dass keine systematischen Kontrollen durchgeführt werden.

**Elbkurier: Warum nicht?**

Heynemann: Das ist die Entscheidung des Weltschwimmverbandes, die ich durchaus sehr kritisch sehe.

**Elbkurier: Wie sieht es mit dem Sport in Sachsen-Anhalt aus? Da gab es auch schon weniger schöne Schlagzeilen?!**

Heynemann: Der Sport hat in Sachsen-Anhalt einen hohen Stellenwert. Der Landessportbund hatte leider

massive Probleme, so dass die finanzielle Unterstützung der einzelnen Vereine zurzeit direkt vom Sozialministerium des Landes erfolgt. Die aufgehäuften Schulden müssen abgetragen und neues Vertrauen wachsen.

**Elbkurier: Kann das neue Präsidium des Landessportbundes diese Aufgaben meistern?**

Heynemann: Ich denke schon. Allerdings muss die Balance zwischen Magdeburg und Halle besser gewahrt werden. Die Schwimmer nach Halle abziehen, ist sehr einseitig erfolgt.

**Elbkurier: Wie wirken sich die Probleme des Landessportbundes auf den Breitensport aus, der ja die eigentliche Aufgabe des Verbandes sein dürfte? Ich denke**

wollen.

**Elbkurier: Zu einem anderen Themenfeld. Sie sind bei der Landesvertreterversammlung auf keinem aussichtsreichen Listenplatz gelandet. Was war da los?**

Heynemann: In den zuständigen Gremien wurde die Aufstellung der CDU-Liste für die Bundestagswahl besprochen und ich wurde auf Platz 3 vorgeschlagen. Dann kandidierte der Landwirt Kees de Vries aus Anhalt-Bitterfeld entgegen aller Absprachen gegen mich um diesen Platz und hat klar gewonnen.

**Elbkurier: Wie hat er diesen Coup landen können?**

Heynemann: Mit einer kurzen, emotionalen Rede, in der er vor den Delegierten über die verkrusteten Strukturen der Landespartei herzog und zu meiner Person kein Wort sagte.

**Elbkurier: Also ging der Schuss zumindest auch gegen den CDU-Landesverband?**

Heynemann: Ganz sicher! Aber der Schuss zeigt auch den geringen Stellenwert der Landeshauptstadt in der CDU Sachsen-Anhalt. In anderen Landesverbänden sind die Vertreter der jeweiligen Landeshauptstädte immer ganz vorne, in unserem Landesverband werden sie nach hinten gesetzt. Das müssen wir einmal mehr in Magdeburg zur Kenntnis nehmen, obwohl die Liste auch geografisch ausgewogen war!

**Elbkurier: Wie gehen Sie mit diesem Ergebnis um?**

Heynemann: Nach der ersten großen Enttäuschung habe ich auch viel Unterstützung erfahren. Ich sehe gute Chancen, diesmal den Wahlkreis direkt zu gewinnen.

**Elbkurier: Das wäre allerdings das erste Mal?!**

Heynemann: Ja, aber es kann gelingen, weil sich der Wahlkreis um den Altkreis Schönebeck vergrößert hat und die SPD einen neuen Kandidaten präsentiert, der weithin unbekannt ist.

**Elbkurier: Wie wollen Sie das den Menschen vermitteln?**

Heynemann: Durch einen engagierten Wahlkampf, den hoffentlich viele Unionsanhänger mittragen. Mein Slogan lautet: "Der von hier."

*lesen Sie weiter auf Seite 3*

## Koalition und die Aufgaben für den neuen Bundestag

Ich bin der einzige Kandidat, der die Menschen der Region wirklich kennt, versteht und ihre Sprache spricht. Das muss ich überbringen!

**Elbkurier: Was wird Ihr Wahlkampf sonst noch bieten?**

Heynemann: Erstens kommt Kanzlerin Angela Merkel am 9. September nach Magdeburg. Das gibt sicherlich Rückenwind, denn diesmal stellen wir die Kanzlerin mit hohen Sympathiewerten. Zweitens habe ich CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla und Hessens Ministerpräsident Roland Koch für Auftritte in Magdeburg gewinnen können. Und drittens bin ich in Betrieben und Vereinen präsent und gehe auf die Menschen zu. Und schließlich mache ich seit sieben Jahren eine intensive Wahlkreisarbeit, das dürfte jetzt Früchte tragen.

**Elbkurier: Wie schätzen Sie die Bundestagswahl insgesamt ein?**

Heynemann: Die Große Koalition in Berlin hat gute Arbeit geleistet. Die Zusammenarbeit mit den Kollegen von der SPD war gut. Trotzdem war mancher Kompromiss sehr unbefriedigend und deshalb wünscht sich auch keiner eine Fortsetzung der Großen Koalition. Ich sehe Deutschland vor einer Richtungs-wahl. Entweder wir erreichen unser Wahlziel einer schwarz-gelben Regierung oder wir müssen mit Rot-Rot-Grün rechnen. Das muss sich jeder Wähler bei seiner Stimmabgabe bewusst machen.

**Elbkurier: Sie glauben also, dass SPD-Kandidat Steinmeier die Linke ins Regierungsboot holen würde?**

Heynemann: Steinmeier soll nach dem Willen der SPD unbedingt Kanzler werden. Das kann er nur in einer Konstellation ohne die Union, weil in fast allen bisherigen Bundestagswahlen CDU und CSU mehr Stimmen erhalten haben als die Sozialdemokraten. Die FDP steht auch nicht als Partner zur Verfügung, also bleibt nur eine Neuaufgabe der gescheiterten Koalition Rot-Grün mit der Linken als Zünglein an der Waage. Das wäre für Deutschland eine sehr schlechte Lösung. Deshalb muss die Union ihr gesamtes Wählerpotenzial mobilisieren. Ich vertraue auch dar-



Bernd Heynemann stellt im Interview mit Wilfried Köhler seine Werbestrategie vor.

Fotos: Birgit Uebe

auf, dass der Senkrechtstarter Wirtschaftsminister zu Guttenberg als Hoffnungsträger wirkt.

**Elbkurier: Wie wirkt sich die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise auf das Wahlverhalten aus?**

Heynemann: Bislang spüren die Wähler die Auswirkungen noch relativ wenig. Aber im Oktober laufen viele Kurzarbeiterregelungen aus und die Arbeitslosigkeit wird sprunghaft steigen ...

**Elbkurier: ... obwohl die Industrie wieder steigende Auftrags-eingänge verzeichnet?**

Heynemann: Entscheidend ist, dass der Finanzkreislauf wieder in Gang kommt. Die Banken müssen endlich wieder den Mittelstand mit Krediten versorgen. Deshalb hat die Bundesregierung doch den Rettungsschirm über den Banken geöffnet.

**Elbkurier: Was liegt Ihnen neben der raschen Überwindung der Wirtschaftskrise für die neue Legislaturperiode noch am Herzen?**

Heynemann: Wichtige Themen werden sicherlich grundlegende Reformen im Bereich der Gesundheit und der Steuern sein. Wir müssen außerdem den Stadtumbau konsequent weiter führen, die energetische Sanierung des Gebäu-

debestandes vorantreiben und den demografischen Wandel durch ein gezieltes Förderprogramm unterstützen.

**Elbkurier: Was ist mit den viel-diskutierten Steuersenkungen?**

Heynemann: Ja, es wird nach meiner Meinung Steuersenkungen geben, aber gleichzeitig werden Gegenfinanzierungen nötig sein. Unser Ziel muss es sein, die Arbeit weniger zu besteuern und so auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen.

**Elbkurier: Herr Heynemann, Sie sind seit zehn Jahren auch Mitglied des Stadtrates der Landeshauptstadt. Wie sehen Sie die Entwicklung nach den Kommunalwahlen?**

Heynemann: Ich wundere mich über die seltsame Wandlung von OB Trümper. Erst richtet er gegen die CDU massive Schuldzuweisungen, weil sie angeblich Herrn Brüning von der Linken zum Beigeordneten gewählt haben soll. Dann macht er ihn zu seinem Stellvertreter. Das passt nicht zusammen!

**Elbkurier: Wie interpretieren Sie das?**

Heynemann: Trümper hat einen Block aus SPD und Linken geschaffen und sich damit Mehrheiten gesichert. Das gleiche wird

nach der Bundestagswahl passieren, wenn die Stimmen dazu reichen.

**Elbkurier: Was heißt das für die CDU?**

Heynemann: Es wird für meine Fraktion noch schwieriger, Anträge und Ideen im Stadtrat durchzusetzen. Die Fraktion CDU/BfM im Stadtrat muss sich unter ihrem neuen Vorsitzenden Wigbert Schwenke erst mal finden und auf die anderen Fraktionen zugehen, vor allem auf den neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden Bromberg.

**Elbkurier: Die CDU stellt mit Reiner Nitsche und Klaus Zimmermann zwei wichtige Beigeordnete. Wie wirkt sich das auf die Stadtratsarbeit aus?**

Heynemann: Ich hoffe positiv. Reiner Nitsche hat große Aufgaben vor sich. Ich denke insbesondere an Neuansiedlungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Stadt. Aber auch an die ungelösten Probleme im Entwicklungsgebiet Rothensee und an die Flugplatzfrage. Das braucht die Unterstützung aller Fraktionen und den Rückenwind einer starken Bundesregierung unter Führung der CDU.

**Elbkurier: Herr Abgeordneter, herzlichen Dank für das Gespräch.**

wik

# Die Ziele der CDU/CSU zur Bundestagswahl am 27.09.2009

## Fortsetzung von Seite 1

Im Sinne eines realen Familiensplittings wollen wir die steuerliche Berücksichtigung von Kindern auf den für Erwachsene geltenden Grundfreibetrag von 8.004 Euro anheben. Wir streben eine familienfreundliche Ausgestaltung der Erbschaftssteuer an und werden sie im Lichte der Wirtschafts- und Finanzkrise überprüfen.

Wir wollen die Neuverschuldung senken, indem wir die zur Krisenbekämpfung notwendigen neuen Ausgaben so schnell wie möglich wieder abtragen.

Wir halten am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts fest.

## Termine

### September

**07.09.2009**, 19.00 Uhr  
MIM  
Gaststätte "Paulaner"

**09.09.2009**, 19.30 Uhr  
Dr. Angela Merkel  
Domplatz - Magdeburg

**22.09.2009**, 17.00-18.00 Uhr  
Ronald Pofalla MdB  
mit Bernd Heynemann MdB  
im Bio-Ölwerk Magdeburg

**23.09.2009**, 17.30-19.00 Uhr  
Infostand mit Ministerpräsident Roland Koch  
im Allee-Center Magdeburg

**23.09.2009**, 10.00 Uhr  
Senioren Union  
Beratungsraum der CDU-Landesgeschäftsstelle  
Fürstenwallstraße 17

**23.09.2009**, 18.00 Uhr  
OMV  
Beratungsraum der CDU-Landesgeschäftsstelle  
Fürstenwallstraße 17

**27.09.2009**  
Bundestagswahl

### Oktober

**05.10.2009**, 19.00 Uhr  
MIM  
Gaststätte "Paulaner"

*weitere Termine S. 10*

## In Deutschlands Zukunft investieren

Wer gestärkt aus der Krise hervorgehen will, muss die richtigen Schwerpunkte setzen. Unser Leitgedanke ist: in Deutschlands Stärken investieren. Deutschlands Mittelstand ist unser wirtschaftliches Rückgrat - für Beschäftigung, Ausbildung, Investition und technischen Fortschritt.

Die Stärkung des Mittelstands ist unser vorrangiges Ziel. Dazu gehört auch der Abbau aller nationalen Statistik- und Berichtspflichten netto um 25 Prozent bis 2011.

Wir werden die Forschungsförderung

für den Mittelstand zur Intensivierung des Technologietransfers weiter steigern und Förderprogramme effizient gestalten. Wir werden - wenn die finanziellen Spielräume gegeben sind - die Bemühungen der Wirtschaft um neue Produkte und Technologien durch eine steuerliche Förderung von klar abgrenzbaren Ausgaben für Forschung und Entwicklung flankieren. Wir werden die Zusammenarbeit von Forschungsinstituten und Hochschulen weiter fördern. Wir wollen, dass Staat und

Wirtschaft gemeinsam mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investieren. Die erfolgreiche Hochtechnologie-Strategie werden wir fortführen. CDU und CSU bekennen sich zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Infrastruktur in Deutschland. Investitionen in leistungsfähige Verkehrsnetze sowie für Betreuung, Bildung und Forschung sichern unsere Basis für ein Wirtschaftswachstum, das Generationengerechtigkeit gewährleistet.

## Verlässliche Sozialsysteme erhalten

Eine zukunftsfeste Altersvorsorge ruht auf den drei Säulen gesetzliche Rente sowie private und betriebliche Vorsorge. Die Anbindung der Rente an die Lohnentwicklung wirkt der Altersarmut entgegen. Nur eine verlässliche Altersvorsorge kann auch künftige älteren Generationen Ihren Lebensstandard sichern. Unser Ziel ist, dass jeder, der ein Leben lang Vollzeit beschäftigt war, eine Rente oberhalb des Existenzminimums erhält. Diese ist bedarfsabhängig

und steuerfinanziert auszugestalten. Wir wollen, dass die Kindererziehung noch besser in der Rente berücksichtigt wird.

Im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik stehen die Patienten und Versicherten. Wir wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung erhält und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Wir brauchen mehr Transparenz und Wettbewerb und

weniger Bürokratie im Gesundheitswesen, damit die Qualität weiter steigt und die Mittel effizienter eingesetzt werden.

Wir wollen die Pflegebedürftigkeit neu definieren und mehr Leistungsgerechtigkeit erreichen. Pflegebedürftige sollen die sie betreffenden Entscheidungen selbst treffen können. Wir wollen die Pflege in der Familie stärken und die Vereinbarkeit von beruflichen Tätigkeiten und privater Pflege verbessern.

## Deutschlands Einheit vollenden

Mit der friedlichen und gewaltlosen Revolution 1989 übten die Menschen in der ehemaligen DDR mit Mut und Kraft ihr Selbstbestimmungsrecht aus. Sie schufen damit eine Voraussetzung zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes.

Wir wollen eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern erreichen. Nur mit einer starken Wirtschaft können wir gut bezahlte Arbeitsplätze und soziale

Sicherheit verwirklichen. Wir stehen zu dem fest vereinbarten und gesetzlich beschlossenen Solidaritätspakt II und werden ihn erfüllen. Wir werden die Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur" auf hohem Niveau und nach bundesweit einheitlichen Indikatoren fortführen. Um die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der besonders schwer vermittelbaren Arbeitssuchenden zu reduzieren, werden wir

das Konzept "Bürgerarbeit" weiter vorantreiben und seine Übertragbarkeit auf größere Arbeitsmarktregionen prüfen. Wir setzen uns für ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein. Als sichtbaren Ausdruck für die einzig erfolgreiche Freiheitsrevolution der deutschen Geschichte setzen sich CDU und CSU für die Errichtung von Freiheits- und Einheitsdenkmälern in Berlin und Leipzig ein.

## Verantwortung in Europa und der Welt

Die großen Herausforderungen der Zukunft kann kein Staat alleine meistern. Globale Probleme bedürfen global abgestimmter Lösungen. CDU und CSU setzen auf die Soziale Marktwirtschaft auch als Modell der internationalen Finanz- und Wirtschaftsordnung.

CDU und CSU stehen für die weltweite Anerkennung der Menschenwürde, für Freiheit und Frieden, für Freundschaft mit unseren Nachbarn und für Bündnistreue und das Eintreten für die Interessen

Deutschlands. Wir werden jede Chance nutzen, die transatlantische Partnerschaft zu festigen. Wir bekennen uns zur NATO und werden uns für ein neues strategisches Konzept einsetzen, das auf die sicherheitspolitischen Veränderungen angemessen antwortet.

Wir wollen die Gefahr bannen, dass von Afghanistan Instabilität und Terror auf andere Teile der Welt - also auch auf Europa und Deutschland ausstrahlen. Deshalb leisten wir unseren Beitrag, damit

Afghanistan selbst für Sicherheit sorgen kann.

Das Leitbild "Bürger in Uniform" ist und bleibt Markenzeichen der Bundeswehr als Armee in der Demokratie. Die Wehrpflicht ist auch angesichts der neuen Bedrohungen der Sicherheit unseres Landes zukünftig notwendig.

Das vereinte Europa bietet seinen Bürgern alle Möglichkeiten, ihre Zukunftschancen zu verwirklichen und ihr Leben in Frieden und Freiheit zu führen.

## Domplatz könnte mit Weihnachtsmarkt belebt werden



Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (rechts) informierte sich gemeinsam mit OB Lutz Trümper über die Tourismusentwicklung in der Landeshauptstadt und die Baustellen der Zukunft. Foto: Thomas Nawrath

Im Jahr 2010 werden die 10 schönsten Städte Sachsen-Anhalts im Mittelpunkt der Tourismuswerbung des Landes stehen. Die Investitions- und Marketinggesellschaft wird dazu auf Messen und mit Zeitungsanzeigen unter dem Motto "Herzensbrecher. Rendezvous mit Kultur - Sachsen-Anhalts schöne Städte" national und international um Gäste werben. Um sich vorab ein Bild von den attraktiven Angeboten zu machen, bereiste Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff im August die zehn Städte, darunter auch Halberstadt, Tangermünde und Magdeburg.

Beim Besuch in der Landeshauptstadt trat Minister Haseloff gemeinsam mit Hoteliers, Tourismusverantwortlichen, Oberbürgermeister Dr. Trümper und weiteren Politikern in die Pedalen. Der Elberadweg und die Straße der Romanik bringen täglich hunderte Reisende nach Magdeburg. Haseloff lobte die neu gestaltete Uferpromenade zwischen Strombrücke und Sternbrücke. Von hier ließ der Minister den Blick über das Elbtal und das Panorama der Stadt mit Dom, Kloster, Johanniskirche und dem grünenden Stadtpark Rothehorn schweifen. In den zurückliegenden 19 Jahren wurden in Magdeburg in touristische Infrastrukturprojekte, bspw. die BUGA 1999, insgesamt fast 100 Millionen Euro investiert, davon rund 75 Prozent als Förderung von Land und Bund.

"Ich möchte mir auch ein Bild

machen von den Baustellen, die noch bis zum nächsten Jahr abzuarbeiten sind", lud CDU-Mann Haseloff die Magdeburger Politiker, Hoteliers und Tourismusverantwortlichen beim anschließenden Arbeitessen am Adolf-Mittag-See ein, auch die kritischen Punkte zu benennen. Im Vorjahr wurden 485.000 Übernachtungen gezählt, immerhin 7 Prozent aller Gästeübernachtungen in Sachsen-Anhalt. Oberbürgermeister Trümper verwies darauf, dass viele Reisende bisher aber nur für kurze Zeit in der Stadt blieben. Mit attraktiven Angeboten sollte die Aufenthaltsdauer künftig verlängert werden. Dazu zählen auch besucherfreundliche Öffnungszeiten; so sollte im Gespräch mit Domgemeinde und Domstiftung dafür geworben werden, dass der Dom nicht nur zwischen 10 und 17 Uhr geöffnet ist. Minister Haseloff regte an, künftig auch attraktive Programme des Theaters in den Ferienwochen durchzuführen. Für die zahlreichen Kulturtouristen sei dies eine gute Ergänzung der vorhandenen Angebote. Schnell war man sich auch einig, dass der Domplatz künftig stärker belebt werden muss. Neben dem Theaterprojekt im Juni und manchem Open-Air-Konzert könnte dazu in den Wintermonaten auch eine Spritzeisbahn gehören. Zudem würde sich der gotische Dom gut als Kulisse für den städtischen Weihnachtsmarkt anbieten. Alle Projekte müssten jedoch besser mit den

Gastronomen vor Ort abgestimmt werden.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Stadtrat Bernd Heynemann sprach in der Runde noch einmal die mangelhafte ICE-Anbindung der Landeshauptstadt an. Zudem forderte er den Erhalt des Schiffshebewerkes. Das sei sowohl für die Radler auf dem Elberadweg als auch die Fahrgastschiffahrt und die zahlreichen Freizeitkapitäne in ihrem Ruder- und Motorbooten notwendig. "Das Schiffshebewerk ist mehr als ein technisches Denkmal. Es ist ein attraktiver Blickfang für alle Besucher, aber auch eine wichtige Einrichtung am Wasserstraßenkreuz - wenn es nutzbar und funktionsfähig bleibt", unterstrich Heynemann.

Wirtschaftsbeigeordneter Rainer Nitsche regte zudem eine bessere überregionale Vermarktung des Hundertwasserhauses als einen Höhepunkt für Magdeburg-Besucher an. Zudem sollen Kooperationen mit anderen Städten des Landes ausgebaut werden. MMKT-Chef Ahrens verwies auf erste

Ansätze dazu im Tourismusverbund "Stadtsprung". Auch innerhalb der Stadt sei das Potenzial der Kooperationen noch nicht ausgereizt. Als Mut machendes Beispiel verwies Ahrens auf die steigenden Gästezahlen bei kombinierten Stadtrundfahrten mit dem roten Doppeldeckerbus der Stadtinformation und den Fahrgastschiffen der Weißen Flotte.

Die Vielfalt der Elbestadt als Stadt Kaiser Ottos des Großen, als zentraler Ort der Straße der Romanik und des Elberadwegs, als Gartenträume-Stadt und Kulturzentrum mit seinen Theatern, dem Kulturhistorischen Museum und dem Hundertwasserhaus sollte Politik, Reiseunternehmen und Hotelliers anregen, Magdeburg künftig über die Landesgrenzen hinaus zu einer attraktiven Tourismusadresse zu machen. Dazu könnten auch das ab 2010 geplante Ottonen-Fest und die im Jahre 2012 stattfindende Museumsausstellung "Otto Imperator" zum 1100. Geburtstag Otto des Großen beitragen. *Thomas Nawrath*



*Küchen ganz persönlich*

musterhaus  
küchen

FACHGEBIETE

Ich spende  
- 16 % vom Preis Ihres Einkaufs  
- bei jeder Küchenberatung 6 €

für „Sporttherapie und Behindertensport VSB 1980 MD e.V.“

**Kaufen Sie jetzt Ihr neues Hausgerät!**

- Gewinnen Sie eine attraktive Wochenendreise

Am 7. September wird ab 11:00 Uhr diese Aktion eröffnet. Bis 20:00 Uhr bereiten wir köstliche Leckerbissen zu. Wir freuen uns auf Sie.

*Ihre Gabriele Triebel*

7.-11.9.2009

KÜCHEN  
TECHNIK  
TRIEBEL

Fachhandel & Kundendienst

Spenden

Küchen  
Elektrogeräte  
Kochen

Halberstädter Str./  
Klausenerstr. 1  
39112 Magdeburg  
Tel. 0391 6224459  
triebel.kuechen.de

KÜCHEN  
TECHNIK  
TRIEBEL  
Fachhandel & Kundendienst

## CDU-Kreisvorsitzender Jürgen Scharf: "Trotz Finanzmarktkrise"

Um es gleich vorweg mitzuteilen: CDU und SPD in Sachsen-Anhalt haben in dieser Legislaturperiode im Großen und Ganzen vernünftig zusammen gearbeitet. Wichtige Aufgaben wurden planmäßig angepackt, auf unerwartete Situationen, wie z. B. die Finanzmarktkrise, wurde abgestimmt reagiert. Große Koalitionen, die in den neuen Ländern gar nicht so groß sind, sollten in der parlamentarischen Demokratie nicht die Regel sein. In Deutschland sind gewöhnlich die Rolle der Regierung und die Rolle der Opposition zwischen CDU und SPD aufgeteilt, wobei es den Menschen in den Ländern in der Regel besser geht, in denen die CDU regiert. Diese Ordnung ist aber in den letzten Jahren immer wieder in Frage gestellt worden. Gut ist dies nicht, weil eine funktionierende Demokratie sowohl eine starke Regierung als auch eine starke Opposition benötigt. In Sachsen-Anhalt ist die Situation eine besondere: Nach rot-roter Stagnation konnten CDU und FDP im Jahre 2002 eine Neuorientierung, eine Phase des Aufschwungs, einleiten. Ja, wir konnten sogar 2006, weil es das Wahlergebnis so verlangte, im Wesentlichen Kurs halten und unsere Linie nun gemeinsam mit der SPD fortsetzen. Treffe ich mich mit meinen Kollegen auf CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenzen, so berichten diese aus anderen Ländern von regelmäßigen Zerreißproben ihrer Großen Koalitionen. Ähnliche Schauspiele sind uns hier bisher weitgehend erspart geblieben. Aber ein automatisch gutes Regieren gibt es mit der SPD nicht. Fast täglich muss in intensiven Gesprächen und Verhandlungen um den politischen Kurs und einzelne Maßnahmen gerungen werden.

Hauptfeld all unseren Tuns ist die Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes. Wir sind in den neunzehn Jahren seit der Wiedervereinigung gut vorangekommen, die Industrielandschaft hat sich gefestigt, die Forschungslandschaft ist entwickelt. 2008 zeigten

wir ein stabiles Wachstum, aber gegen Ende des Jahres traf auch uns die Finanzmarktkrise, die sich zur Krise der Realwirtschaft auswuchs. Trotzdem realisierte Sachsen-Anhalt ein Bruttoinlandsprodukt von 54 Mrd. Euro. Dies ist eine Steigerung von 4,2 Prozent zum Jahr 2007. Mit einer Wachstumsrate von 1,8 Prozent liegt unser Land deutlich über dem deutschen Durchschnitt (+ 1,3 Prozent) und auf Platz 2 im Vergleich aller Bundesländer. Dass wir trotz konjunktureller Krise z. B. im Juni 2009 mit 13,6 Prozent Arbeitslosigkeit eine der geringsten Arbeitslosenquoten seit dem Jahr 1991 aufweisen konnten, macht uns Mut. In der Krise wird es nun darauf ankommen, mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten eine möglichst hohe Beschäftigung zu sichern, in notwendigen Kurzarbeitsphasen gezielt umzuschulen und insbesondere in die Ausbildung junger und in die Umschulung kurzerzeits arbeitsloser Menschen zu investieren. Die demografische Entwicklung zeigt uns sehr drastisch, dass schon in kurzer Zeit händeringend qualifizierte Mitarbeiter gesucht werden. Auf diese Bedarfe stellen wir uns ein und wollen auch in modernen Ausbildungsberufen in Zusammenarbeit mit den Kammern genügend Fachkräfte

für unsere Wirtschaft bereitstellen.

Die Finanzmarktkrise hat auch uns unverhofft gepackt und alle mittelfristigen Finanzplanungen in die Asservatenkammer verbannt. Die Finanzpolitik war auf einem soliden Konsolidierungspfad. So haben wir seit 2007 keine neuen Schulden mehr aufgenommen und hoffen, dieses auch 2009 noch einmal realisieren zu können, aber schon im Jahr 2010 werden wegbrechende Steuereinnahmen uns zu einer erneuten Nettoneuverschuldung zwingen. Dabei wissen wir, dass es zur Zurückführung der Nettoneuverschuldung keine realistische Alternative gibt. Das Land Sachsen-Anhalt wird auf Dauer nicht mehr ausgeben können als es einnimmt. Auch wir müssen den schmerzhaften Weg gehen, die Staatsaufgaben und damit die Staatsausgaben den Staatseinnahmen anzupassen. Hauptinstrument dieser Konsolidierung muss die weitere Rückführung der Personalquote sein, denn das Land Sachsen-Anhalt verwaltet sich im Vergleich zu finanzschwachen westlichen Flächenländern, wie z. B. Schleswig-Holstein, immer noch zu teuer.

Auf die Sondersituation der Finanzmarktkrise haben wir mit einem Konjunkturpaket II in Höhe



von insgesamt ca. 475 Mio. Euro reagiert. Dieses Geld soll kurzfristig und zusätzlich für Investitionen in die Bildung und Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Auch der Magdeburger Stadtrat hat inzwischen seine Beschlüsse hierzu gefasst. So wird u. a. die Schulsanierung in Magdeburg einen kräftigen Schub erhalten. Der Bundestag hat vor der Sommerpause eine "Schuldenbremse" im Grundgesetz verankert. Diese Schuldenbremse zwingt die Länder, ab 2020 keine Nettoneuverschuldung mehr zuzulassen. Ausgenommen sind Naturkatastrophen und große Krisen. Sachsen-Anhalt bekommt allerdings auf Grund seiner schlechten strukturellen Haushaltsdaten für eine Übergangszeit (2011 - 2019) noch jährlich 80 Mio. Euro zusätzliche Sanierungshilfen. Im Landtag gibt es derzeit ... *weiter S. 7*



## die Wirtschaftskraft Sachsen-Anhalts weiter stärken"

... einen heftigen Streit, ob und wie wir diese Schuldenbremse auch in der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt verankern. Die CDU steht für eine entsprechende Verfassungsänderung bereit, die Linksfraktion ist strikt dagegen, die FDP wackelt und die SPD ist vollkommen zerrissen. Das Parlament der nächsten Legislaturperiode wird sich aber dieser Aufgabe stellen müssen.

Neben der Wirtschaft gehören unbestritten Bildung, Wissenschaft und Kultur zu den Kernaufgaben unserer Regierungstätigkeit. Bildung ist das Humane, um das es eigentlich bei der Gestaltung jeglicher menschlicher Gesellschaft geht. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass Akzentsetzungen auf diesem Gebiet mit großer Leidenschaft diskutiert werden. Ein Eckpfeiler verlässlicher Kulturpolitik ist nach unserer Auffassung eine verlässliche Schulpolitik. Wir treten dafür ein, dass auch zukünftig jedes Kind seinen Weg in einem gegliederten, aber durchlässigen Schulsystem finden kann. Wir haben in dieser Legislaturperiode den Bildungsauftrag im Kindergarten verankert, wir stärken die Grundschulen, entwickeln die Sekundarschulen und sichern die Zukunft für die Gymnasien. Gute Schule setzt voraus, dass die Lehreraus- und -weiterbildung verbessert wird. Der gewollte Bildungspluralismus in Deutschland soll durch die Einführung von Bildungsstandards zu besserer Vergleichbarkeit und einfacherem Schulwechsel bei Umzügen führen. Auch wenn der Bildungskonvent im Landtag noch nicht abgeschlossen ist, so zeichnet sich deutlich ab, dass es kein stichhaltiges Argument für eine gleichmacherische Einheitsschule bis zur zehnten Klasse gibt, wie dies die SPD will.

Im Bereich der Kultur sei darauf hingewiesen, dass Landtag und Landesregierung mit der Fortschreibung der Theater-Orchester-Verträge die Grundlage für eine gesicherte Zukunft dieser Kultureinrichtungen gelegt haben. Damit sind die Spielstätten in Mag-

deburg gesichert, wenn die Stadt ihrerseits zu ihren Verpflichtungen steht.

Innere Sicherheit und Rechtspflege sind Kernkompetenzen der CDU. Da in dieser Legislaturperiode die entsprechenden Ministerien von der SPD verantwortet werden, liegt die umso größere Aufgabe auf der Fraktion, entsprechende Akzente zu setzen. Moderne Kriminalität muss mit modernen Mitteln bekämpft werden und die entsprechenden Investitionen in Ausrüstung und Ausbildung sind daher jetzt und in Zukunft unerlässlich. Auch in Sachsen-Anhalt muss der Bekämpfung des Extremismus hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es bleibt dabei: Aus Sicht der CDU müssen gleichermaßen sowohl Rechts- als auch Linksextremismus sowie religiös oder politisch motivierter Extremismus entschieden bekämpft werden. Die CDU-Fraktion initiierte darüber hinaus über eine Bundesratsinitiative der Landesregierung die Aufnahme eines neuen Straftatbestandes, der Freiheitsstrafen für Taten vorsieht, die aus politisch motivierten Gründen oder aus religiöser Missachtung ethnischer Minderheiten resultieren.

Der schrittweise Aufbau einer leistungsstarken Justizlandschaft hat in Magdeburg erfreulicherweise zum Ausbau des Justizzentrums "Eicke von Reggow" im Breiten Weg und in der ehemaligen Volkshochschule geführt.

Eine Landeshauptstadt ist immer zugleich ein Verkehrsknotenpunkt und so sind die zahlreichen großen Verkehrsbaumaßnahmen in Magdeburg ohne landesseitige Unterstützung oftmals undenkbar. Hierzu gehört auch die geplante Untertunnelung am Hauptbahnhof. Magdeburg profitiert gleichfalls im erheblichen Ausmaß von der Verlängerung des Stadt-Umbaus Ost und den Projekten des Stadtbau im Rahmen der internationalen Bauausstellung, hauptsächlich im Bereich der Elbe.

Die Zahlungen des Landes an die Kommunen im Rahmen des so genannten Finanzausgleiches

müssen neu geregelt werden. Der Landtag plant für den Herbst dieses Jahres den Beschluss eines neuen Finanzausgleichsgesetzes. Der neu zu regelnde Finanzausgleich soll zukünftig stärker als bisher aufgabenbezogen am Bedarf ausgerichtet sein und damit, von der Leistungskraft des Landes weitgehend unabhängig, den Kommunen eine so genannte Finanzausgleichsmasse zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden Mittel für "freiwillige Aufgaben" gewährt. Dieses System bedeutet die Abkehr von der bisher üblichen Festsetzung einer Verbundquote. Da kreisfreie Städte, Landkreise, Mittelzentren, Einheitsgemeinden und Verbandsgemeinden zum Teil sehr unterschiedliche und auch widerstrebende Interessen vortragen, sind äußerst komplizierte Beratungen zu erwarten. Für Mag-

deburg wird es darauf ankommen, die Finanzierung der besonderen Aufgabenfülle der Landeshauptstadt jetzt und für die Zukunft zu sichern.

Planmäßig finden im zeitigen Frühjahr 2011 im Lande Sachsen-Anhalt die Wahlen zum nächsten Landtag statt. Bis dahin bleibt viel zu tun. Eine starke CDU mit guten Wahlergebnissen auf allen politischen Ebenen hilft uns, im Landtag für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger erfolgreich eintreten zu können. Dr. Schnellhardt ist wieder unser Mann in Brüssel, Bernd Heynemann soll unser Mann in Berlin bleiben. Die neue Stadtratsfraktion der CDU hat sich konstituiert. Da ist durchaus die Chance gegeben, weiterhin gute CDU-Politik aus einem Guss präsentieren zu können.

Jürgen Scharf



**+ 1.000,- € Eintauschprämie<sup>1</sup>**

**CITROËN C5**  
ab 289,- € mtl. Rate<sup>2</sup>

CITROËN empfiehlt TOTAL      Abbildungen zeigen evtl. Sonderausstattung.

**LIBERTÉ, EGALITÉ,  
STRASSENLAGÉ.**

CRÉATIVE TECHNOLOGIE      

<sup>1</sup>Bei Leasing oder Finanzierung eines sofort verfügbaren CITROËN Neuwagens und Inzahlungnahme eines Gebrauchtwagens. Eintauschprämie zusätzlich zum Wert laut DAT/Schwacke. <sup>2</sup>Ein Leasingangebot der CITROËN BANK für den C5 Limousine 1.8 16V Style bei 0,- € Sonderzahlung, 10.000 km/Jahr Laufleistung, 36 Monate Laufzeit. Privatkundenangebot gültig bis 30. 09. 2009. Kraftstoffverbrauch kombiniert 7,9 l/100 km, CO<sub>2</sub>-Emissionen kombiniert 188 g/km (RL 80/1268/EWG).

**Autohaus Peter**      **Autohaus Peter**  
**Plomitzer (H)**      **Plomitzer (H)**  
Silberbergweg 9      Pallasweg 8  
39128 Magdeburg      39118 Magdeburg  
Telefon 0391/300410      Telefon 0391/610830

(H)=Vertragshändler, (W)=Vertragserkäufer mit Neuwagenagentur, (V)=Verkaufszelle

## Ihre Ansprechpartner für alle kommunalen Belange:

Name	Vorname	Funktion in der Fraktion	Adresse	Telefon
Schwenke MdL	Wigbert	Fraktionsvorsitzender	Magdeburger Straße 12 39116 Magdeburg	d. 0391 2549815 p. 0391 6313170
Schuster	Frank	stellvertretender Fraktionsvorsitzender	Rosenweg 7 39120 Magdeburg	d. 0391 5433561 p. 0391 6227866
Stern	Reinhard	stellvertretender Fraktionsvorsitzender	Post über: LH MD Fraktion CDU/BfM 39090 Magdeburg	d. 0391 6103220
Szydzick	Claudia	Beisitzerin im Fraktionsvorstand	Post über: LH MD Fraktion CDU/BfM 39090 Magdeburg	d. 0391 5402871
Salzborn	Hubert	Beisitzer im Fraktionsvorstand	Plachwitzer Weg 16 39130 Magdeburg	p. 0391 2510346
Schindehütte	Gunter	Beisitzer im Fraktionsvorstand	Kometenweg 20 39118 Magdeburg	p. 0391 6211693
Ansorge	Jens		Post über: LH MD Fraktion CDU/BfM 39090 Magdeburg	d. 0391 5402871
Heynemann MdB	Bernd		Rautenbreite 14 39116 Magdeburg	d. 0391 5557697 d. 0391 2549816 p. 0391 6314248
Hoffmann	Michael		Hansapark 67 39116 Magdeburg	p. 0391 6311002
Kraatz	Daniel		Lindenstraße 9c 39126 Magdeburg	d. 0391 5402871
Dr. Kutschmann	Klaus		Liliencronstr. 4 39108 Magdeburg	d. 0391 7318640/1 p. 0391 7330412
Reppin	Bernd		Irxleber Straße 2 39110 Magdeburg	p. 0391 7362354
Siedentopf	Uta		Olvenst. Chaussee 89 39130 Magdeburg	p. 0391 7222467
Schumann	Andreas		Am Birnengarten 21 39116 Magdeburg	p. 0391 7336042

Postanschrift: LH Magdeburg  
Fraktion CDU/BfM  
39090 Magdeburg

Besucheradresse:

Altes Rathaus  
Zi. 142 Alter Markt  
39104 Magdeburg

Tel. 0391 5402870  
Fax 0391 5402780



## Übersicht Fraktion CDU/BfM im Stadtrat der LH Magdeburg

Mobil	E-Mail-Adresse	Gremien
0171 3246832	post-an@wigbert-schwenke.de	u.a. stellv. Vorsitzender Verwaltungsausschuss, Mitglied im Jugendhilfeausschuss, Aufsichtsratsmitglied WOBAU und KID, Mitglied der Gesellschafterversammlung MVB und GWM
0172 1499791	frschuster@t-online.de	u.a. Mitglied im Verwaltungsausschuss, Ausschuss für Stadtentwicklung, Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung komm. Beschäftigungspolitik, Betriebsausschuss Stadtgarten MD
0152 01577090	cdu_fraktion@stadt.magdeburg.de	u.a. Mitglied im Verwaltungsausschuss, Vorsitzendes des Finanz- und Grundstücksausschusses, Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, Aufsichtsratsmitglied SWM und MVB
0178 2086792	Szydzick@web.de	u.a. 2 stellv. Stadtratsvorsitzende, Mitglied im Kulturausschuss, Ausschuss für komm. Rechts- und Bürgerangelegenheiten, Betriebsausschussmitglied im theater Magdeburg und im Konservatorium
0176 94046633	husa@onlinehome.de	u.a. Vors. des Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsf. und komm. Beschäftigungspolitik, Mitg. im Vergabeausschuss, Aufsichtsratsmitgl. Wobau, Mitgl. Gesellschaftervers. Klinikum MD gGmbH
0171 7042374	Schindehuetten.MD@t-online.de	u.a. Mitgl. im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport, Aufsichtsratsmitgl. Zoologischer Garten MD GmbH, Mitgl. im Verwaltungsrat der Stadtparkasse MD, Mitgl. Gesellschafterversammlung Wobau
	ansorge@gmx.info	u.a. Vorsitzender des Gesundheits- und Sozialausschusses, Aufsichtsratsmitglied Klinikum MD GmbH, Mitgl. im Ausschuss für Fam. und Gleichstellung, Betriebsausschussmitglied theater Magdeburg
	cdu_fraktion@stadt.magdeburg.de	u.a. sportpolitischer Sprecher der Fraktion, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport, Mitglied Gesellschafterversammlung Flughafen Magdeburg GmbH
0172 3929769	Michael-A.-Hoffmann@web.de	u.a. Mitgl. im Finanz- und Grundstücksausschuss, Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten, Betriebsausschussmitgl. komm. Gebäudemanagement, Aufsichtsratsmitgl. NKE
0177 8644886	daniel.kraatz@web.de	u.a. Mitgl. im Ausschuss für Umwelt und Energie, Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling, Gesellschafterversammlung AQB/GISE, Beiratsmitglied ARGE Jobcenter Magdeburg
0160 5724607	cdu_fraktion@stadt.magdeburg.de	u.a. Mitgl. im Betriebsausschuss Konservatorium, Aufsichtsratsmitgl. Zoologischer Garten MD gGmbH, Mitgl. Aufsichtsrat Klinikum MD gGmbH, Aufsichtsratsmitglied WOHNEN und PFLEGEN Magdeburg
0178 6430028	BReppin@t-online.de	u.a. Mitgl. im Ausschuss für Umwelt und Energie, Betriebsausschussmitgl. Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb, Aufsichtsratsmitgl. MD Hafen GmbH, Mitglied im Gesundheits- und Sozialausschuss
0177 4131120	cdu_fraktion@stadt.magdeburg.de	u.a. Mitgl. im Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling, Vergabeausschuss, Betriebsausschussmitgl. Städt. Abfallw., Mitgl. Gesellschaftervers. WOHNEN und PFLEGEN MD
0151 17016742	andreasposaunist@aol.com	u.a. Betriebsausschussmitglied Puppentheater Magdeburg, Mitglied im Kulturausschuss, Aufsichtsratsmitglied Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg

cdu\_fraktion@  
stadt.magdeburg.de

Fraktionsgeschäftsführer: Reinhard Gurcke  
Fraktionsmitarbeiterin: Renate Röhr  
Fraktionsassistent: Tobias Krull

## Termine

### Oktober

**07.10.2009**, 19.00 Uhr  
OV Am Neustädter Feld  
Gaststätte "PoMo`s"

**21.10.2009**,  
Senioren Union  
Busfahrt zum Halberstädter  
Domschatz und  
zur Huysburg

**28.10.2009**, 18.00 Uhr  
OMV  
Beratungsraum der CDU-  
Landesgeschäftsstelle  
Fürstenwallstraße 17

### November

**02.11.2009**, 19.00 Uhr  
MIM  
Gaststätte "Paulaner"

**04.11.2009**, 19.00 Uhr  
Ortsverband  
Am Neustädter Feld  
Gaststätte "PoMo`s"

**18.11.2009**, 10.00 Uhr  
Senioren Union  
Besichtigung Puppentheater

**25.11.2009**, 18.00 Uhr  
OMV  
Beratungsraum der CDU-  
Landesgeschäftsstelle  
Fürstenwallstraße 17

### Impressum

**Herausgeber:**  
CDU-Kreisverband Magdeburg  
39104 Magdeburg,  
Fürstenwallstraße 17, 4. OG  
Tel. 0391 2549812  
e-mail: cdu@magdeburg.de

**Redaktion:**  
Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.),  
Tobias Krull, Thomas Nawrath  
und Andreas Kern

**Layout/Satz:**  
Birgit Uebe,  
Medien- und Fotografiedesign  
Tel. 0175 7670051

**Druck:**  
Harzdruckerei Wernigerode  
Auflage: 3.500 Exemplare  
Erscheinungsweise:  
viermal jährlich

## Wirtschaft und Ökologie sind keine Gegensätze

Die Bundestagsabgeordneten Jürgen Klimke, Ulrich Petzold und Bernd Heynemann halten als Ergebnis der Magdeburger Elbkonferenz fest, dass die Nutzung der wirtschaftlichen Potenziale der Elbregion durch eine weitere Förderung des ökologischen Verkehrsträgers Binnenschiff gelingen kann. Dabei dürfe es keine Denkverbote im Hinblick auf die Sanierung der Reststrecken an der Elbe, insbesondere im Bereich Dömitz, geben. Es herrsche Einigkeit darüber, dass Ertüchtigungsmaßnahmen auf ihre ökologische Verträglichkeit untersucht werden müssten. An Fachge-

sprächen hatten auf Einladung der Bundespolitiker und der Konrad-Adenauer-Stiftung neben Experten und Unternehmern auch Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitiker teilgenommen. So Sachsen-Anhalts Verkehrsminister Dr. Daehre und OB Dr. Trümper. Beide betonten die Bedeutung der Elbe für die wirtschaftliche Zukunft der Region und verwiesen in diesem Zusammenhang sowohl auf die Binnenhäfen aber auch auf die Vorteile für Unternehmen, die sich aus der Anbindung mit dem Binnenschiff ergeben.

Von den anwesenden Experten wurde der Kostenvorteil des Binnen-

schiffs mit bis zu 40 Prozent gegenüber dem LKW angegeben, wenn die Kapazitäten ausgelastet würden. Problematisch sind in diesem Zusammenhang die schwankenden Wasserstände, die eine langfristige Planung der Schiffstransporte erschwerten. Schwierig sei die Situation an der Reststrecke Dömitz, wo es aufgrund einer großen Flussbreite zu Ablagerungen und zur Bildung von instabilen Sandbänken komme. Die Bundestagsabgeordneten sprachen sich für eine Prüfung der ökologischen Folgen der Ertüchtigung dieser Strecke aus. *Bernd Heynemann, MdB*

## Koalition stärkt bürgerschaftliches Engagement

Wir setzen uns weiter für die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen im bürgerschaftlichen Engagement ein, indem wir die Haftungsbegrenzung für ehrenamtliche Vereinsvorstände durchgesetzt haben. Über 2,7 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich in den Sportvereinen, leisten 500 Millionen Stunden ehrenamtliche Arbeit und übernehmen gesellschaftliche Aufgaben, die der Staat so nicht leisten könnte. Diese Bereitschaft ist nicht selbstverständlich, sondern muss gepflegt werden. Für dieses Engagement gebührt den ehrenamt-

lich Tätigen besonderer Dank, Anerkennung und Unterstützung.

Wir haben viel erreicht. Das am 13. Juli 2007 verabschiedete Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements trägt die Handschrift der Union. Das Ehrenamt hat damit einen höheren Stellenwert im Steuerrecht erhalten. So haben wir neben der Verbesserung des Versicherungsschutzes mit den "Hilfen für Helfer" die Übungsleiterpauschale erhöht, die kleine Übungsleiterpauschale für Vereinsvorstände eingeführt und die Vereinsfreigrenzen angehoben. Auf Betreiben der Union

ist der Unfallversicherungsschutz für Engagierte erweitert worden. Durch eine Initiative der Länder Baden-Württemberg und Saarland ist nun auch die Haftung der ehrenamtlichen Vereinsvorstände auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit begrenzt worden.

Mit ehrenamtlicher Verantwortungsübernahme spenden die Menschen nicht nur viel Zeit und viel Arbeit, sondern übernehmen auch enorme Haftungsrisiken für den Verein. Wer sich engagiert, darf aber nicht zusätzlich mit diesen Risiken belastet werden.

*Bernd Heynemann, MdB*

## Magdeburger Stadtrecht lebendig halten



Vor einigen Jahren begann sich der Verein Offene Türen e.V. mit dem Magdeburger Stadtrecht auseinanderzusetzen. Dieses mittelalterliche Recht hat seinen Ursprung, wie der Name es schon sagt, in unserer Stadt und fand seinen Weg bis weit nach Osteuropa, z.B. Kiew. Damals war der Magdeburger Schöffens-

stuhl als Streitschlichter und Revisionsinstanz durchaus vergleichbar mit dem heutigen Europäischen Gerichtshof. Doch wie kann es gelingen der jüngeren Generation diesen bedeutenden Teil der Stadtgeschichte näher zu bringen. Der genannte Verein, unter seiner Vorsitzenden Eva Wybrands und der

Projektleiterin Sabine Wölfer, nutzt dazu kulturelle Mittel. So werden mit Grundschulkindern Tänze einstudiert, Stadtwappen gemalt und historische Kostüme anprobiert. Alljährlicher Höhepunkt ist der Gang des Magdeburger Rechts. In diesem Jahr mit mehr als 130 Beteiligten und auch mit internationalen Teilnehmern. Doch das ehrenamtliche Wirken, mit Unterstützung von Dritten, hat seine Grenzen. Deshalb stellte die Fraktion CDU/BfM im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg den Antrag, die wichtige Arbeit des Vereins auch finanziell zu fördern. Diese Erfolgsgeschichte muss einfach weitergehen. Der Antrag wurde in die entsprechenden Ausschüsse zu Beratung überwiesen.

*Wigbert Schwenke MdB  
Vorsitzender Fraktion CDU/BfM*

## Dank und Anerkennung für lange kommunalpolitische Arbeit

Mit der letzten Sitzung des Stadtrats der IV. Wahlperiode (2004-2009) am 25. Juni diesen Jahres endete auch die kommunalpolitische Stadtratsarbeit einiger Mitglieder der CDU-Ratsfraktion. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle einmal ihr ehrenamtliches Wirken zu würdigen.

Auf den längsten kommunalpolitischen Werdegang in dieser Reihe kann zweifelsohne **Gerhard Heinel** zurückblicken. Er gehörte seit 1990 zuerst der Stadtverordnetenversammlung und dann dem Stadtrat ununterbrochen an. In dieser Zeit übte er die verschiedensten Funktionen und Mandate aus. In der ersten Wahlperiode legte er als Fraktionsvorsitzender wichtige Grundsteine für die Arbeit der CDU in der kommunalen Selbstvertretung. Von 1999 bis 2004 (III. Wahlperiode) nahm er die Funktion des Vorsitzenden des Stadtrates wahr, und noch heute erinnert man sich gern an seine konsequente, aber auch verständnisvolle Art der Leitung der nicht immer einfachen Stadtratssitzungen. Im Jahr 1994 wurde **Johannes Rink** Mitglied im Magdeburger Stadtrat.



Mit dem Ende der letzten Wahlperiode schieden erfahrene CDU-Ratsmitglieder aus. Im Bild von links: Eberhard Seifert, Johannes Rink, Gerhard Heinel und Thomas Veil. Foto: Tobias Krull

Nach seinem Ausscheiden aus diesem Gremium kann er also auf 15 Jahre Stadtrat zurückblicken. Neben seiner Wahlkreisarbeit war er vor allem auf dem Gebiet der Erinnerung an das DDR-Unrechtssystem und den Kampf gegen die Verharmlosung dieses Regimes aktiv, nicht zuletzt auch auf Grund eigener Erfahrungen als politischer Gefangener in der DDR. Seine weitere ehrenamtliche Arbeit in den verschiedenen Opferverbänden fand u. a. mit der Verleihung des Bundesverdienst-

kreuzes durch den Bundespräsidenten breite Anerkennung. Ebenso lange war **Eberhard Seifert** Stadtrat des Landeshauptstadt. Sein besonderes Augenmerk lag dabei auf der Sicherung und Weiterentwicklung der Magdeburger Kulturlandschaft. Nicht zuletzt die Etablierung des Kaiser-Otto-Preises, nach jahrelangen Diskussion im den städt. Gremien, gehört zu seinen besonderen Verdiensten. Als Stadtführer hat er einen ganz besonderen Blick auf unsere Stadt und weiß für sie zu begeistern.

Nach einer Dekade gehört auch **Thomas Veil** nicht mehr dem Stadtrat an. Auch sein Interesse galt vor allem den verschiedensten Aspekten kommunaler Kulturarbeit, die er auch selbst als Musikliebhaber und Klavierspieler bereicherte. Als Volljurist hatte er in seiner Stadtratsarbeit aber auch immer das gesetzestreue Arbeiten der Stadtverwaltung im Blick. Sein kommunalpolitisches Engagement im Stadtrat beendete ebenso **Michael Heendorf**, der keine Diskussion scheute, um die Stadt und ihre Bewohner vor Schaden zu bewahren und die positive Weiterentwicklung Magdeburgs zu befördern. Alle Genannten haben mit ihren persönlichen Beiträgen, ihrer Arbeit in den Ausschüssen, in der Fraktion, vor Ort in den Wahlkreisen und im Stadtrat wichtige Impulse für die Stadt und ihre Zukunft geliefert. An dieser Stelle herzlichen Dank dafür und die besten Wünsche für ihren weiteren Lebensweg. Verbunden mit der Hoffnung, dass sie der CDU weiter als Erfahrungsträger und Ratgeber erhalten bleiben mögen.

Reinhard Gurcke  
Fraktionsgeschäftsführer

## Christian Wulff in Magdeburg

Auf Einladung von Dr. Horst Schnellhart konnte Jürgen Scharf MdL den niedersächsische Ministerpräsident und Vize-Bundesvorsitzende Dr. Christian Wulff in Magdeburg zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Thema "Deutschland in Europa" begrüßen.

In seiner Rede machte Christian Wulff auf die Erfolge der Achse Hannover - Braunschweig - Magdeburg - Berlin aufmerksam. Die Erfolge der Europäischen Einigung, wie die Reisefreiheit und der Abbau von Hindernissen für den Austausch von wirt-

schaftlichen Leistungen, werden heute als selbstverständlich betrachtet. Dabei machte der Bundesvorsitzende der CDU auch deutlich, welche weitaus stärkeren negativen Auswirkungen die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise auf Deutschland ohne den Euro hätte. Er warnte davor im Rahmen der Krise wieder in alte Verhaltensmuster, wie Abschaffung von Wirtschaftsräumen, zu fallen. Auch hier gilt es Maß und Mitte zu finden, so der niedersächsische Ministerpräsident. Nach der anschließenden Diskussion fand er noch



die Zeit für ein Erinnerungsphoto mit Mitgliedern des Rings-Christlich-

Demokratischer Studenten und der Jungen Union. Tobias Krull



## Steinmeier verspricht nur Jobs ...

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla hat den "Deutschland-Plan" des SPD-Kanzlerkandidaten kritisiert: Steinmeiers Versprechen, vier Millionen neue Arbeitsplätze schaffen zu wollen, bezeichnete Pofalla als "zentralen Fehler". Denn er kündige etwas an, das er gar nicht schaffen könne.

Tatsächlich erinnern sich die Bürgerinnen und Bürger nur zu gut an die vielen gebrochenen Versprechen der Schröder-Regierung. Steinmeier knüpft nun an diese unrühmliche Tradition an. Einen Gefallen erweist der Kanzlerkandidat damit weder sich selbst noch der SPD. Schließlich gehört

er bereits seit elf Jahren der Bundesregierung an.

"Wer soll ihm da abnehmen, dass er jetzt kurz vor der Wahl auf einmal weiß, wie Vollbeschäftigung erreicht werden kann?", fragt sich sicher nicht nur der CDU-Generalsekretär.

Quelle und Bild: CDU  
Auf dem Foto: Ronald Pofalla

## Spenden für den guten Zweck

Am 28. Juli diesen Jahres feierte der stellv. Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM im Stadtrat Frank Schuster seinen fünfzigsten Geburtstag. Der geschäftsführende Gesellschafter der Paul Schuster GmbH lud aus diesem Anlass Familie, Freunde, Geschäftspartner und politische Weggefährten zu einem Empfang ein. Der Jubilar verzichtete auf Geschenke und bat stattdessen um Spenden für die Wiedererrichtung des Sterntors am Magdeburger Domplatz. Für dieses Projekt engagiert er sich bereits seit langer Zeit. Alle Gratulanten wünschten dem Jubilar zum Geburtstag natürlich nur als Allerbeste für seinen weiteren Lebensweg.

## Fraktion CDU/BfM startet in neue Wahlperiode

Auf Grund der Kommunalwahlergebnisse zogen 13 CDU-Vertreter (2 Frauen und 11 Männer) in den neuen 56köpfigen Stadtrat ein. Bei der Wahl zum neuen Fraktionsvorstand, am 17. Juni, wurde der erfahrene Kommunalpolitiker Wigbert Schwenke MdL zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Seinem Amtsvorgänger Reinhard Stern dankte er für seine bisherige Arbeit unter den schwierigen Rahmenbedingungen bei unklaren politischen Mehrheiten wie im Magdeburger Stadtrat. Stern ist neben Frank Schuster einer der neu gewählten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Der Vorstand wird durch die Beisitzerin Claudia Szydzick und die beiden Beisitzer Hubert Salzborn und Gunter Schindehütte vervollständigt.

Am 25. Juni 2009 unterzeichneten Dr. Klaus Kutschmann (Bund für Magdeburg / BfM) und der Frakti-

onsvorsitzende eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Stadtrat. Der Name der neuen, nun 14köpfigen, Fraktion lautet "Fraktion CDU/BfM im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg". Die Beteiligten sehen im Zusammenschluss die Chance, die bisherige Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zu vertiefen, um die gemeinsamen kommunalpolitischen Ziele umzusetzen.

Zur weiteren Arbeit der Fraktion erklärt der Fraktionsvorsitzende Wigbert Schwenke: "Die neue Fraktion steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Die Mehrheitsverhältnisse im Magdeburger Stadtrat werden die Suche nach politischen Kompromissen zum Wohle der Stadt und ihrer Bewohner zur täglichen Aufgabe der Stadratsmitglieder machen. Wo wir aber Fehler und Versäumnisse erkennen, werden wir diese klar benennen und

gemeinsam mit den anderen Fraktionen und der Stadtverwaltung nach Lösungen suchen."

Gemäß rechtlichen Regelungen stehen der Fraktion CDU/BfM insgesamt 3 Ausschussvorsitzende zu. Ganz konkret sind das die Vorsitze im Ausschuss für Finanzen- und Grundstücksverkehr, im Gesundheits- und Sozialausschuss sowie im Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik. Daneben kann die Fraktion 6 sachkundige Einwohner in den beratenden Stadtratsausschüsse entsenden.

Nun gilt es, die Ziele des Kommunalwahlprogramms Realität werden zu lassen. Dafür benötigen die Fraktionsmitglieder weiterhin die Unterstützung der CDU-Mitglieder und der Bevölkerung der Landeshauptstadt.

*Reinhard Gurcke*

*Fraktionsgeschäftsführer*

# Herzliche Glückwünsche

### Juni

Ilse Häusler zum 90. Geburtstag  
Joachim Vogt zum 79. Geburtstag  
Erich Willi Lüderitz zum 77. Geburtstag  
Fritz Stock zum 71. Geburtstag

Reiner Riegg zum 70. Geburtstag  
Christa Müller zum 68. Geburtstag  
Peter Ziechner zum 65. Geburtstag

### Juli

Rosemarie Arndt zum 82. Geburtstag  
Elmar Huschenbett zum 73. Geburtstag  
Hanne-Lore Matthäus zum 71. Geburtstag  
Dr. Günter Blodig zum 70. Geburtstag

Wolfgang F. Braun zum 70. Geburtstag  
Bernd Mußmann zum 69. Geburtstag  
Dr. Heinrich Seppelt zum 69. Geburtstag  
Hubert Kieslich zum 68. Geburtstag

Dr. Martin Schmidt zum 67. Geburtstag  
Klaus Bahr zum 66. Geburtstag  
Eva Wagner zum 66. Geburtstag

### August

Rudolf Evers zum 76. Geburtstag  
Dr. Klaus Mildner zum 71. Geburtstag  
Johannes Rink zum 68. Geburtstag  
Gerd Haese zum 67. Geburtstag

Helmut Böhm zum 66. Geburtstag  
Hartmut Sonntag zum 65. Geburtstag  
Wolfgang Madzek zum 65. Geburtstag

### September

Elisabeth Brandt zum 89. Geburtstag  
Helmut Trebs zum 88. Geburtstag  
Luzie Kreutzer zum 87. Geburtstag  
Dr. Alfred Jumar zum 85. Geburtstag

Dieter Scholz zum 80. Geburtstag  
Klaus Köhler zum 69. Geburtstag  
Erhard Stenzel zum 68. Geburtstag  
Eckhard Greger zum 68. Geburtstag

Helga Siemko zum 67. Geburtstag  
Magda Manns zum 67. Geburtstag  
Bernhard Rautmann zum 67. Geburtstag  
Fred Bauersfeld zum 65. Geburtstag

## Grenzdenkmal Hötensleben erinnert an SED- und Stasi-Diktatur

Seit dem Jahre 1994 wird durch die Opferverbände für die SED-Diktatur am Grenzdenkmal Hötensleben der Leiden des deutschen Volkes an der unmenschlichen Trennung durch die Ideologie des Kommunismus gedacht.

Dieser Erinnerungsort ist Beweis und Zeugnis für den Perfektionismus beim Durchsetzen einer Ideologie. Mit waffenstarrten Betonbauwerken und einem militärisch durchorganisierten Staat sollte die Macht einer politischen Kaste auf ewig zementiert werden.

Nach 1945 wiederholte sich unter kommunistischem Vorzeichen die ideologische Gleichschaltung und Ausrichtung eines Volkes. Wenn auch die Brutalität des Nationalsozialismus ungleich größer war und die Leiden der Opfer Legion waren, darf hier nicht einer Tonnenideologie der Opfer das Wort geredet werden: Jedes Opfer und jede Verfolgung im Namen dieser beiden deutschen Diktaturen ist zu beklagen und als Menschheitsverbrechen zu benennen.

In einem aktuellen politischen Appell ist die Rede davon, dass "Deutschland unermessliches Leid über seine Nachbarn in ganz Europa" brachte. Dies suggeriert, dass allein der Nationalsozialismus für das Nachkriegsgeschehen verantwortlich ist. Dem muss widersprochen werden: Es ist eine erwiesene Tatsache, dass dem Nazi-Terror die Leninsche und Stalinsche Politik der Isolierung von Menschengruppen jedweder Art, deren Behandlung als Arbeitssklaven unter Hinnahme des Foltertodes vorausging.

Und wenn in diesen Tagen des Überfalls auf Polen am 1. September 1939 und damit des Ausbruches des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren gedacht wird, muss im gleichen Atemzug hinzugefügt werden, dass dieser Überfall nur durch die menschenverachtende Politik des zweiten großen Diktators des 20. Jahrhunderts, nämlich Stalin, ermöglicht wurde. Beide Diktatoren hatten die Absicht, mit dem am 23. August 1939 abgeschlossenen sogenannten "Hitler-Stalin-Pakt" Europa in zwei Herrschaftsbereiche aufzuteilen und mit ihren jeweiligen

Ideologien zu beherrschen.

Mit ihrer Politik nahmen beide Diktatoren Millionen von Todesopfern in Kauf. Schließlich setzte Stalin diese Politik auch nach 1945 in seinem Machtbereich fort und die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands geriet so mit 10.000enden Todesopfern zum westlichsten Endpunkt des Gulag-Systems.

Nach der nationalsozialistischen Herrschaft hatte die Demokratie im Osten Deutschlands nicht die Chance auch nur für ein kurzes Atemholen: Schon Mitte August 1945 wurden die ersten willkürlich verhafteten angeblichen Nazi-Täter und Feinde des Sozialismus in die gerade befreiten Lager Sachsenhausen und Buchenwald verbracht. Eine Orgie von Verhaftungen und Verfolgungen, die von Gewalt, Unmenschlichkeit und Hungertod geprägten Zustände in Lagern, Gefängnissen und GPU-Kellern bereiteten das Feld für die Ableh-



*"Es ist ungemein wichtig, dass die Grenzanlage in Hötensleben als Erinnerungsort an das gewaltsame Festhalten und Ideologisieren eines Volkes für zukünftige Generationen erhalten bleibt und wir daran arbeiten, dass gesellschaftliche Utopien nie wieder Gegenstand der Politik werden." Foto: Ruden*

nung der SED-Diktatur.

Es ist schon ein besonderes Zeichen der Menschverachtung, wenn das Regime einen Bevölkerungsverlust von über vier Millionen Bürgern durch Flucht hinnahm, um damit die ideologische Säuberung voran zu treiben. Noch 1989 wollte Honecker den Ausreisestellern und Fluchtwilligen keine Träne nachweinen.

Als 1961 schließlich die Bevölkerungsfucht die Funktionsfähigkeit des Staates bedrohte, wird mit einer militärischen Aktion der Grundstein

für ein Bauwerk gelegt, das mit immer raffinierterer Signal- und Schiesstechnik Menschen an der Flucht hindern sollte. Die 28jährige hermetische Abriegelung des Volkes und die damit verbundene ständige Repression führten - wie in der Physik - zu einem Anwachsen des Druckes im Kessel, der sich im Herbst 1989 durch die friedliche Revolution Luft machte.

Es mutet auch 20 Jahre nach dem Fall dieser Grenzanlagen immer noch wie ein Wunder an, wenn direkt unter der misstrauischen Aufsicht der hochgerüsteten SED- und Stasi-Diktatur das Volk von seinen Machthabern Gerechtigkeit und Wahrheit einforderte und dieses Regime wie mit einem Sturm hinwegfegte.

Es war eine Revolution, die ihr Ziel mit der Maueröffnung und dem ungehinderten Zugang in die Freiheit erreicht hatte. Der Volkszorn war mit den Kerzen-Demonstratio-

Mit einem von Januar bis Mai 1990 geschickt durchgeführte Personalkarussell brachte die SED ihr Personal und auch Teile des MfS in sichere Verwaltungspositionen.

Und so hat sich seit 1990 ein ganzes Netzwerk aus ehemaligen guten Genossen und Kadern aufgebaut, das davon lebt, sich von früher zu kennen, sich zu helfen, sich Aufträge zuzuschancen und Strukturen unter ihresgleichen aufzubauen.

Es ist eine Ironie der Geschichte, wenn an dem Punkt, wo die Restaurierung der alten Nomenklatura fortschreitet, das einzige bisher vorhandene Mittel zum Aussieben, nämlich die Stasi-Überprüfung, einer aus dem Wirtschaftsrecht herangezogenen Verjährung geopfert wurde: Als ob das Offenlegen menschenverachtender Praktiken und Strukturen Gegenstand einer Verjährung sein kann. Schließlich sollte mit dem Stasi-Unterlagengesetz nichts anderes erreicht werden als der Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens, auf das der Bürger vertraut und in dem nicht ehemaliger Geheimnisträger ihre Netze knüpfen.

Aus diesem Grunde muss es auch für die nächste Zukunft eine Fortführung und Erweiterung der Stasi-Überprüfung geben. Das ist das einzige Mittel, was uns die friedliche Revolution in die Hand gegeben hat, um mit Moral und Ehrlichkeit Korruption und Vetternwirtschaft entgegenzuwirken.

Wir müssen heute leider feststellen, dass durch die jahrzehntelange ideologische Beeinflussung und die Gewaltpolitik von SED und Stasi die Bevölkerung im Osten Deutschlands noch wesentlich geprägt ist. Wer immer diesem untergegangenen Staat oder seinen angeblichen Errungenschaften nachtrauert, muss sich im Klaren darüber sein, dass er diesen Real-Sozialismus nicht ohne alle seine ihm am Leben erhaltenden Begleitumstände bekommt. Und einer dieser Begleiter des realen Sozialismus, das ultimative Zeugnis vom Scheitern eines ideologischen Gesellschaftsmodells, ist das steinerne Zeugnis der Mauer in Hötensleben.

*Gerhard Ruden*

## 60 Jahre Grundgesetz

Das Jahr 2009 ist auch ein Zeitraum wichtiger Gedenktage. Neben dem 20. Jahrestag der Montagsdemonstrationen und der Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November ragt die 60. Wiederkehr der Verkündung des Grundgesetzes der BRD am 23. Mai 1949 heraus. Im Mai führte der Landtag daher eine Aktuelle Debatte zum Thema "60 Jahre Grundgesetz - 20 Jahre friedliche Revolution" durch.

In der Plenarsitzung betonte Jürgen Scharf, dass die Verabschiedung des Grundgesetzes auch Grundlage für die spätere Wiedererlangung der Deutschen Einheit war. Scharf erklärte: "1989 konnte endlich in einer friedlichen Revolution die Einheit und Freiheit unseres Volkes vollendet werden. Seit dem gilt das Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk. Für Selbstverständnis und Identität unseres Landes sind beide Ereignisse untrennbar. Diese Leistungen dürfen nicht geschmälert werden. Unser Grundgesetz basiert auf der Würde und Freiheit jeder menschlichen Person. Eckpfeiler unserer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ordnung sind Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Diese geistigen Grundlagen gilt es, in die Zukunft zu tragen."

Landtagspräsident Steinecke erklärte, dass er das Grundgesetz als großes Erfolgsmodell betrachte. Es habe sich über Jahrzehnte hinweg bewährt und - auch nach Wiedererlangung der staatlichen Einheit - als die beste und tragfähigste Verfassung erwiesen, die Deutschland je hatte.

Damit der Geist des Grundgesetzes auch künftig seine Wirkung entfalten kann, sieht Steinecke alle BürgerInnen in der Pflicht, sich in ihrem persönlichen Umfeld als BotschafterInnen für Demokratie und Rechtsstaat einzusetzen. "Wir können und müssen in den Familien, am Arbeitsplatz oder im Freundeskreis Vorbild sein. Wir müssen Beispiel für demokratisches Handeln geben", betonte der Parlamentspräsident. *Andreas Kern*

## Erinnerungsarbeit für künftige Generationen



*Dieter Steinecke bei der Eröffnung des Workcamps mit jungen Erwachsenen in Kiew.*

Am 10. August 2009 eröffneten der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen-Anhalt des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landtagspräsident Dieter Steinecke,

und der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine, Dr. Hans-Jürgen Heimsoeth, ein deutsch-ukrainisches Workcamp. Es fanden sich junge Erwachsene aus beiden Ländern zusammen, um sich durch gemeinsame Arbeitseinsätze auf Soldatenfriedhöfen und Gedenkstätten aktiv mit den geschichtlichen, politischen und kulturellen Auswirkungen von Krieg und Vergessen auseinanderzusetzen.

Das vom 7. bis 23. August 2009 in Kiew stattfindende Sommerlager hatte als Thema die Verbrechen des nationalsozialistischen Terrorregimes in der Schlucht von Babij Jar im Jahre 1941. Sowohl Steinecke als auch Botschafter Dr. Heimsoeth würdigten in ihren Begrüßungsworten das Engagement der Teilnehmer und die historische Bedeutung der

von ihnen geleisteten Arbeit für Friedenssicherung und Völkerverständigung.

Steinecke erklärte: "Mehr als 60 Jahre sind seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen. Unsere "jüngste Vergangenheit" kommt in die Jahre. Für die junge Generation schwindet die Möglichkeit, die Geschichte des Krieges aus "erster Hand" zu erfahren.

Ich denke, es braucht nicht nur Gedenkorte wie hier in Babij Jar, an denen des Genozids gegen unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gedacht wird. Das Bewusstsein für die großen Errungenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg muss stetig in ALLE Generationen vermittelt werden. Hierzu sollte das Workcamp einen Beitrag leisten."

*Text/Foto: Andreas Kern*

## RCDS - Wahlsieger und neue Köpfe



Bei den Gremienwahlen an der Otto-von-Guericke Universität konnte der Ring-Christlich-Demokratischer-Studenten sein Wahlergebnis mehr als verdoppeln. In der neuen Wahlperiode sitzen nun drei Vertreter dieses Studentenverbandes im Studierendenrat, das ist die zweitgrößte "Fraktion" in diesem Gremium. Ein Wahlerfolg, der sein Fundament in der an den Interessen der Studierenden ausgerichteten Arbeit des Verbandes hat. Die gute Kombination aus kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten und dem Wahlprogramm mit dem Titel "Attraktive Hochschulpolitik" war einfach überzeugend.

Vor kurzem wählte die RCDS-Gruppe an der Universität auch wieder einen neuen Vorstand. In ihrem Amt als Vorsitzende wurde die 21jährige Studentin Anna Gens-

ke (BWL) einstimmig bestätigt. Neu gewählt wurden als stellv. Vorsitzender Andreas Koehler (21 Jahre/BWL-Student) und als Schatzmeister Stefan Feldt (24 Jahre, Kulturwissenschaften). Mit dem 22jährigen Martin Reichelt (Hu-

manmedizin), der zum Pressesprecher gewählt wurde, ist der Vorstand komplett.

Zur weiteren Arbeit des Verbandes erklärt Anna Genske: "Nach der erfolgreichen Teilnahme an den Gremienwahlen der Uni sieht der RCDS weiterhin seine Aufgabe in der Unterstützung der Studierenden bei der Bewältigung der alltäglichen Herausforderungen. Selbstverständlich werden wir uns dabei auch mit der qualifizierten Weiterentwicklung der Bachelor- und Masterstudiengänge beschäftigen." Besonderer Dank gilt Timo Rang und Matthias Ziener, die ihre Mitarbeit im Vorstand auf Grund von anstehenden Auslandsaufenthalten aufgeben. *Tobias Krull*

Grafikdesign  
Satz/Vorstufe  
**Druck**  
Weiterverarbeitung  
Logistik  
Fon 0 39 43 / 54 24 - 0  
www.harzdruck.de

## Neue Eisenbahnüberführung als Chance nutzen

Nun liegt sie, die lange erwartete Drucksache DS0266/09 mit dem Titel "Ausbau Eisenbahnknoten Magdeburg - Baustein Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee", dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung vor.

In der vergangenen Zeit wurde dieses Thema öffentlich sehr intensiv diskutiert. Nicht immer waren die vorgebrachten Argumente fachlich und sachlich korrekt.

Die Debatte verkürzte sich dabei häufig auf die kurze Frage: Tunnel ja oder nein? Aber worum geht es eigentlich? Die Deutsche Bahn AG baut den Eisenbahnknoten Magdeburg für einen dreistelligen Millionenbetrag aus. Ein Teilprojekt dieses Großvorhabens sind die verschiedenen Eisenbahnbrücken. Auch diejenigen, die über die Ernst-Reuter-

Allee führen. Damit kommen die Stadt, die Städtischen Werke und auch die Magdeburger Verkehrsbetriebe mit ins Spiel. Jeder von uns kennt wohl die Situation vor Ort. Häufig kommt es zu Staus (mehr als 30.000 Fahrzeuge täglich) und an der fehlenden Durchfahrthöhe ist schon mancher LKW auf seinem Weg in die Innenstadt gescheitert. Nun steht die Frage im Raum, wie die Landeshauptstadt bzw. deren Bewohner von den Baumaßnahmen, die durch die Bahn auf jeden Fall durchgeführt werden, am besten profitieren kann. Die befürchteten Sperrungen der Strecke für den motorisierten Individualverkehr werden nicht zu vermeiden sein.

Um dies auch mit der Bevölkerung zu diskutieren, lud die Fraktion CDU/BfM, vertreten durch Stadtrat

Dr. Klaus Kutschmann und den Fraktionsvorsitzenden Wigbert Schwenke MdL, zu einer öffentlichen Vortragsveranstaltung ins Rathaus ein. Rund 50 Personen folgten der Einladung und erhielten u. a. vom Baubeigeordneten Dr. Dieter Scheidemann und vom Leiter des städtischen Tiefbauamtes Torsten Gebhardt Informationen aus erster Hand. Während der Veranstaltung wurde kritisch die Frage der gestiegenen Kosten auf nun rund 44,941 Mio. Euro (Eigenanteil der Stadt rund 6,2 Mio. Euro) bei der Variante 3, häufig als Tunnelvariante bezeichnet, diskutiert. Die umfangreichen vorliegenden Vergleichsunterlagen und Untersuchungen bringen deutlich zum Ausdruck, dass sowohl bei der Frage der Kosten als auch bei der Verbesserung der Verkehrssituationen

die Variante 3 die beste vorhandene Lösung ist. Dieser Meinung schloss sich nicht nur die Mehrheit der an diesem Abend Anwesenden an, denn gemäß aktueller Umfragen sieht es eine Bevölkerungsmehrheit in Magdeburg ebenso.

Als Fraktion könnten wir uns darüber hinaus sehr gut vorstellen, die Tunnelleinfahrt bzw. -ausfahrt in Richtung Osten bis hinter die Kreuzung Ernst-Reuter-Allee/Otto-von-Guericke-Straße zu verlegen.

Es bleibt zu hoffen, dass nun die Diskussion zu diesem Themenkomplex wieder versachlicht wird und dass der Stadtrat im Oktober bei seiner Entscheidung diese wohl einmalige Chance für die Stadtentwicklung nicht ungenutzt lässt.

*Wigbert Schwenke MdL  
Fraktionsvorsitzender*

## Unhaltbare Zustände auf dem Konrad-Adenauer-Platz

In der Stadtratssitzung im Dezember 2008 wurde die Gefahrenabwehrverordnung betreffend Abwehr von Gefahren durch Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit beschlossen.

Sinn und Zweck dieser Satzung ist es, den öffentlichen Alkoholkonsum auf bestimmten Plätzen, zeitweise oder ständig, zu untersagen. Und damit die mit öffentlichen Besäufnissen verbundenen negativen Begleiterscheinungen zu bekämpfen.

Die unerträglichen Ereignisse auf dem Hasselbachplatz und dem Willy-Brandt-Platz gaben Veranlassung, mit diesen drastischen Maßnahmen vorzugehen.

Stadtrat Bernd Heynemann MdB und Stadtrat Hubert Salzborn konnten aus eigenen Erlebnissen mit dem Konrad-Adenauer-Platz einen weiteren Schwerpunkt solcher Vorkommnisse. Sie wollten deshalb, dass dieser Platz ebenfalls mit als Verbotzone in die Satzung aufgenommen wird.

Bei einem Termin mit dem Konzernbeauftragten der Deutschen Bahn in Sachsen-Anhalt, Jobst Paul, wurden die von den Stadtratsmitgliedern gewonnenen Eindrücke im vollen Umfang von diesem bestätigt. Darüber hinaus äußerte er die Befürchtung,

dass es zu einer weiteren Verschärfung der Situation durch Verdrängung kommt, wenn die Satzung für den Hasselbachplatz und Willy-Brandt-Platz in Kraft tritt.

Da diese Gefahrenabwehrverordnung eines erneuten Genehmigungsverfahrens bedürfte, jedoch noch vor Jahresende 2008 in Kraft sein sollte, um schon für die Silvesterfeiern gewappnet zu sein, bat der Ordnungsbeigeordnete, Holger Platz, die Einbringer, den Antrag zurückzustellen. Sollten die Befürchtungen sich dauerhaft bestätigen, muss der Konrad-Adenauer-Platz nachträglich in die Verordnung aufgenommen werden, waren damals seine Worte.

Die schlimmsten Befürchtungen sind wahr geworden, und es kommt zu erheblichen Beeinträchtigungen von Bürgern, Gästen und Geschäftsleuten zwischen dem ZOB und dem Bahnhof. Hier treten zusätzlich noch Diebstahl und Vandalismus auf.

Von den beiden Stadträten wurde jetzt ein Antrag zur Einbeziehung des Konrad-Adenauer-Platzes in die Verbotregelungen eingebracht, der zur weiteren Behandlung in die Ausschüsse überwiesen wurde.

*Renate Röhr*



**Ihr Partner für Schönheit und Schutz!**

**39245 Gommern • Brauhausstr. 24**

**[www.maler-zahn.de](http://www.maler-zahn.de)**

# "CDU-Ball"- erfrischend anders!

CDU-Kreisverband Magdeburg · 39104 Magdeburg · Fürstenwallstraße 17



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe CDU-Mitglieder und Freunde der CDU,

in diesem Jahr präsentieren wir Ihnen den CDU-Ball unter dem Motto "Tanz auf dem Wasser"!

Seit mehr als 15 Jahren organisiert der CDU-Kreisverband Magdeburg im Herbst seinen jährlichen Ball. In diesem Jahr wollen wir unserer Tradition etwas frischen Wind einhauchen.

Wir laden Sie also herzlich ein, am 10. Oktober 2009, Gast unserer Schifffahrt auf der "Sachsen-Anhalt" zu sein. Sie können nicht nur das Flair der Elbe genießen, sondern auch gutes Essen und beschwingte Unterhaltung erleben.

Unser Schiff startet um 15.00 Uhr von der Anlegestelle Petriförder und wir lassen uns vom Schiffsführer das Stadtpanorama Magdeburgs, Richtung Westerhüsen, zeigen. Gegen 16:30 Uhr legen wir, bedingt durch eine organisatorische Pause, wieder am Petriförder an.

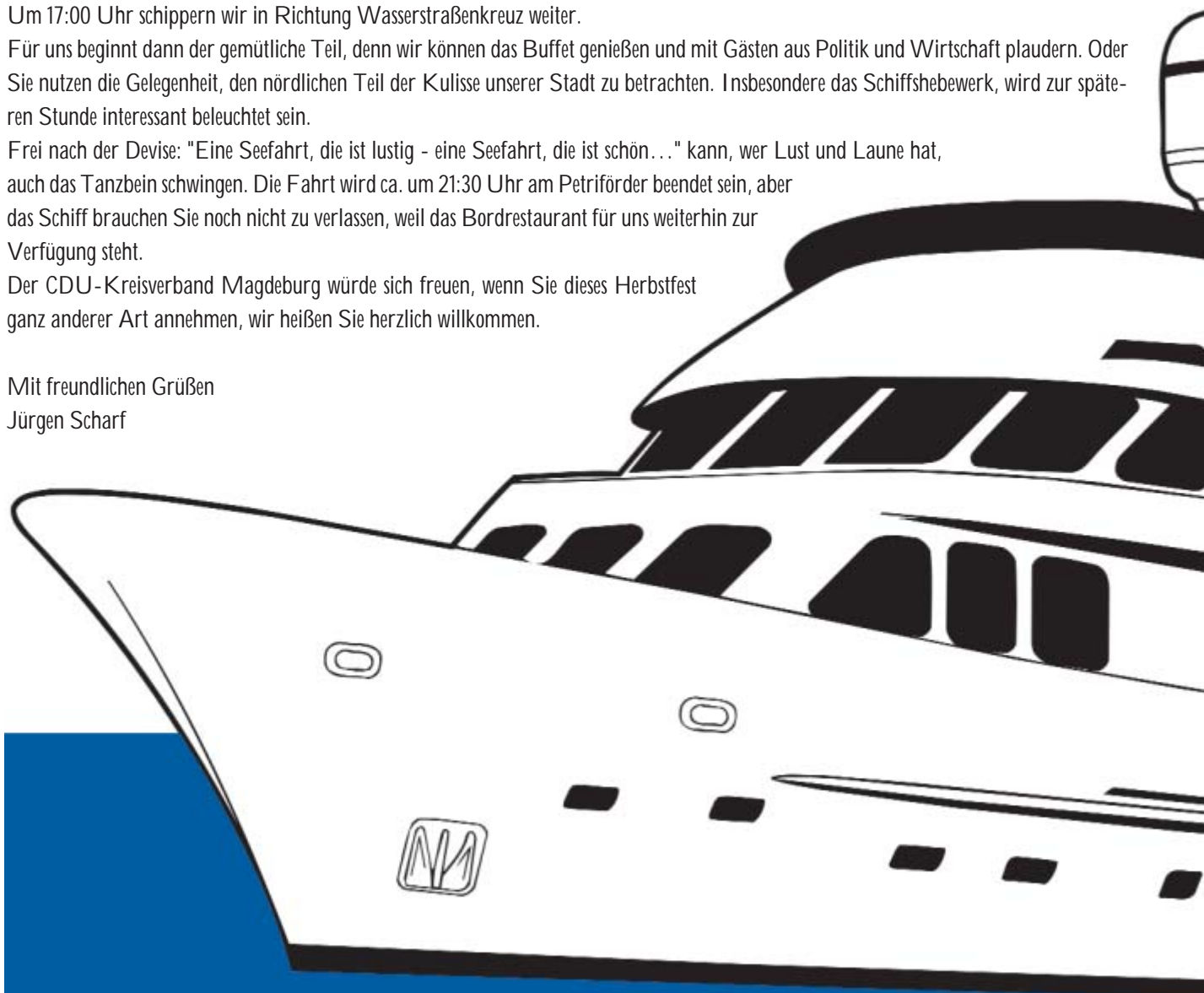
Um 17:00 Uhr schippern wir in Richtung Wasserstraßenkreuz weiter.

Für uns beginnt dann der gemütliche Teil, denn wir können das Buffet genießen und mit Gästen aus Politik und Wirtschaft plaudern. Oder Sie nutzen die Gelegenheit, den nördlichen Teil der Kulisse unserer Stadt zu betrachten. Insbesondere das Schiffshebewerk, wird zur späteren Stunde interessant beleuchtet sein.

Frei nach der Devise: "Eine Seefahrt, die ist lustig - eine Seefahrt, die ist schön..." kann, wer Lust und Laune hat, auch das Tanzbein schwingen. Die Fahrt wird ca. um 21:30 Uhr am Petriförder beendet sein, aber das Schiff brauchen Sie noch nicht zu verlassen, weil das Bordrestaurant für uns weiterhin zur Verfügung steht.

Der CDU-Kreisverband Magdeburg würde sich freuen, wenn Sie dieses Herbstfest ganz anderer Art annehmen, wir heißen Sie herzlich willkommen.

Mit freundlichen Grüßen  
Jürgen Scharf



Preis: 29,00 Euro inkl. Buffet  
Kartenbestellungen bitte über unser Büro telefonisch 0391 2549812 oder per Mail: [info@cdu-magdeburg.de](mailto:info@cdu-magdeburg.de)